

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 fl.
monatl. 4.80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16.08 fl., monatl. 5.36 fl. Unterstreifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2.50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Berufszettel Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialschrift 30 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 250 Groschen. Danzig 20 fl., 150 Dz. Pf.
Deutschland 20 haw., 150 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorrichtung und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengeschäft 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen
Postcheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 16.

Bromberg, Freitag den 20. Januar 1928.

52. Jahrg.

Unterzeichnet!

Die endgültige Gestalt des Minderheitenblocks.

Warschau, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend haben die Beratungen zwischen den Vertretern des Zentralwahlkomitees der nationalen Minderheiten ihren Abschluß gefunden. Am Block sind mit Ausnahme von einigen Splittergruppen sämtliche Minderheiten beteiligt und zwar: die Ukrainer, die Weißrussen, Juden und Deutschen. Die Vertreter dieser Minderheiten haben sich über die Ausstellung der Kandidaten für die beiden Staatslisten und die verschiedenen Bezirkstypen geeinigt. Die Staatslisten wurden gemeinsam unterzeichnet.

Auf deutscher Seite nehmen die Deutschen sämtlicher Teigebiete, Bekannte und Stände am Minderheitenblock teil. Eine Ausnahme machen die deutschen Sozialisten in Podlachien und Oberschlesien, die mit der polnischen Sozialistischen Partei (PPS) ein Wahlkonsortium eingegangen sind, das sie schon heute bereit sind. Die deutschen Sozialisten in Posen und Pommern haben sich an diesem Seitenprung nicht beteiligt. Ihr Kandidat, der frühere Abg. Panek, wurde wieder an sicherer Stelle aufgestellt.

Auf jüdischer Seite beteiligen sich neben den Zionisten in Kongresspolen und in den Ostgebieten, der die Mehrheit der dortigen Juden Gemeinschaft leisten, noch einige Wirtschaftsgruppen am Minderheitenblock. Die Zionisten in Ostgalizien und die Orthodoxen gehen ebenso wie die sozialistischen Juden (Poale-Zion und Bund) ihre eigenen Wege. Sie werden dadurch nur zu wenigen Mandaten kommen.

Von den Weißrussen sind die Sozialisten unter Jerecic und die Christlichdemokraten unter Stankevicius am Block beteiligt. Es fehlt nur die halbcommunistische "Gromada", die selbständig vorgehen muss, da sie sonst die Blocklisten politisch gefährden würde.

Ebenso sind auf ukrainischer Seite, abgesehen von der radikalcommunistischen Partei in Wolhynien, nahezu alle Gruppierungen vertreten. In Ostgalizien hält die "Uundo", die ukrainische Nationaldemokratie, deren Führer Lewicki die Staatsliste des Minderheitenblocks für den Sejm beginnt, seit den letzten Gemeindewahlen fast alle Selder des politischen Schachbretts besetzt. In letzter Stunde haben auch die ukrainischen Sozialisten in Wolhynien, unter Führung von Paul Wasylczuk, den Weg zum Minderheitenblock gefunden. Zugleich mit ihnen hat sich das gesamte Zentralwahlkomitee für Wolhynien, Podlasien und das Chelm-Gebiet (unter Chrucki und Tscherkasoff) dem Block angegeschlossen.

Der Wahlauskript der vereinigten Minderheiten wird heute von Warschau versandt, um in den nächsten Tagen gleichzeitig in der gesamten Minderheitenpresse veröffentlicht zu werden.

An der Spitze der Staatsliste für den Sejm stehen folgende Namen: Lewicki für die Ukrainer, Grünenbaum für die Juden, Jerecic für die Weißrussen und Raumann für die Deutschen.

An fünfter Stelle sollte ein Litauer kandidieren. Der Platz wurde jedoch einem Mitglied des ukrainischen Wahlkomitees für Wolhynien eingeräumt, da die Litauer wegen ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Wilnafrage zum mindesten auf der Staatsliste nicht kandidieren möchten. Ihre Stimmen, die zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen, sollen den weizjusischen Bezirkstypen des Minderheitenblocks zugeführt werden.

Ein großer Aufwand unnütz ward vertan.

Die bösen Absichten des Westmarkenvereins.

In seiner Ausgabe vom 18. Januar berichtet der "Kurier Poznański":

"In der heutigen Konferenz zur Herstellung einer Front aller polnischen Parteien gegenüber den Deutschen in den Wahlbezirken Bromberg und Samter erklärte der Sekretär der Nationalen Arbeiterpartei (Rechter Flügel) für den Bezirk der Woiwodschaft, Herr Witkowski, namens seiner Partei, daß seine Organisationsberichte bereits durch die Beschlüsse der Partei-Versammlungen gebunden sind, und daß die Nationale Arbeiterpartei selbstständig in die Wahl eintreten werde. Die Initiative des Westmarkenvereins erfolgte nach Ansicht des Herrn Witkowskis zu spät."

Der Vorsitzende des Westmarkenvereins Dr. Julius Trzciński, stellte fest, daß angeblich der Antwort der Nationalen Arbeiterpartei der Westmarkenverein seine Initiative in dieser Frage als beendet ansiehe, daß der Verband indessen dahin arbeiten werde, daß sich die polnische Bevölkerung in dem Bromberger und Samterer Bezirk möglichst zahlreich an den Wahlen beteilige.

Im Namen des Katholisch-nationalen Wahlkomitees (Nationaldemokratie) erklärte Dr. Marian Szyndla, daß das Komitee, obgleich es stark daran zweifelt, daß den Deutschen in den beiden genannten Bezirken die Mandate abgenommen werden könnten, dennoch beschlossen habe, an der Beratung der Vertreter aller Parteien zur Schaffung einer Einheitsfront teilzunehmen. Wenn aber die Nationale Arbeiterpartei selbstständig vorgehe, so sei es schon ganz ausgeschlossen, daß man den Deutschen die Mandate abnehmen können. Trotzdem werden wir uns den politischen Beratungen nicht verlegen.

Im Namen des "Blocks der Arbeit" (Regierungsliste) erklärte Herr Strauß, daß er nach der Erklärung des Standpunkts der Nationalen Arbeiterpartei zu weiteren Verhandlungen keinen Auftrag mehr habe. Der Regierungsblock steht mit dem Nationalen Volksverband in

schärfem Kampfe und kann bei den Wahlen mit ihm nicht zusammengehen."

Der Regierungsbloc. "Nationalstaatlicher Arbeitsbloc" in Großpolen.

Posen, 18. Januar. Hier wurde ein "Nationalstaatlicher Arbeitsbloc" für Großpolen gebildet, der die mehr linksstehenden Gruppierungen umfaßt, die sich für die Regierung aussprechen, und zwar die N.P.R.-Linke, die Arbeitspartei und den Verband zur Besserung der Republik. Dem Block sollen sich noch verschiedene andere polnische Organisationen anschließen haben. In dem Aufruf, den er jedoch veröffentlicht hat, heißt es u. a., daß der Block unter der Fassung der Errungenschaft des Mai-Umsturzes auf dem Gebiet des Staatsorganismus der Wirtschaft, der Finanzen und der Politik in aufrichtiger Zusammenarbeit mit der Regierung des Marschalls Piłsudski, der Stärkung der Vollzugsgewalt, der dauernden Festigung der Grundsätze der christlichen Ethik im öffentlichen und privaten Leben, der Aufbesserung der materiellen Existenz der physischen und geistigen Arbeiter sowie der Staats- und Kommunalbeamten zu den Wahlen schreiten wird.

Scharfe Absage der Christlichen Demolokraten.

In einem längeren Aufsatz erläutert der "Dziennik Bydgoski", der bekanntlich die Christliche Demokratie in unserem Teilgebiet publizistisch vertritt, der Regierung für die bevorstehende Wahlaktion eine entschiedene Absage. In der Einleitung versichert das Blatt, daß die Christliche Demokratie eine Mitarbeit mit der Regierung zwar im Prinzip wolle, daß sie sich aber vorbehalten müsse, jede Regierung bei Maßnahmen zu bekämpfen, die sie für schädlich halte. Die Kampffstellung der Regierung gegen die Endecja (den Nationalen Volksverband) sei vollständig verständlich, man müsse indessen auseinander, ob die Mittel zu diesem Kampfe immer die richtigen seien. Es gebe gewisse Grenzen, die die Regierung nicht überschreiten dürfe. Dann heißt es in dem Artikel weiter:

"Neuerdings haben die Wojewoden von Posen und Thorn Vertreter solcher Parteien wie die Christliche Demokratie, der Piast, die Wirtschaftliche Union resp. der Mittelstand und die Christlichnationalen zu einer Konferenz eingeladen und verlangten von ihnen kategorisch, sie sollten mit der "Sanierungsparcie" in dem Unparteiischen Block der Zusammenarbeit mit der Regierung zusammengehen. Bei den Christlichen Demokraten begegneten sie einer entschiedenen Absage. Das konnte von Hause aus erwartet werden. Denn in Westpolen hat die "Sanierung" in der Bevölkerung keinen Boden, und man kann wohl von großen Parteien mit nationalism und katholischem Charakter nicht verlangen, daß sie sich mit Elementen, die abgesehen von einem kleinen Haufen von Wählern, eine Richtung repräsentieren, die mit den im Auftrag der polnischen Bischoße enthaltenen Grundsätzen nicht vereinbar ist, zusammenzupassen.

Die Folge der Absage wird wahrscheinlich die Aufstellung einer Regierungsliste in unserem Teilgebiet sein, und der Kampf zwischen der Regierungspartei und dem polnisch-katholischen Block, der diesen Kampf nicht wollte und nicht will. Wir warnen die Regierung in letzter Stunde vor einer solchen irren Fragestellung. Die Bevölkerung der Westgebiete, die an politischer Reise am höchsten in Polen steht, gestattet nicht, daß man ihr die Richtung ihres Vorweges vorzeichnet, ihr Kandidaten aufdrängt. Sie kann sich ihre Kandidaten selbst aussuchen. Es kann sein, daß dieser oder jener scheinbar den Drohungen der amtlichen Agenten unterliegt, aber das hat auf seine Überzeugung und darauf, welchen Wahlzettel er abgibt, keinen Einfluß; denn die Wahlen sind geheim und niemand kann kontrollieren, wie abgestimmt worden ist. Die Regierungswahlen können sehr schlechte Folgen für die Regierung haben, und sie werden sie sicher haben. Wer einen Kampf beginnt, muß damit rechnen, daß die Gegenseite ihn aufnimmt. Diese Seite wird in dem vorliegenden Falle nicht allein der Nationale Volksverband sein, der auf seinem Parteischiff eine falsche Flagge aufgezogen hat mit der Aufschrift "Katholisch-nationales Komitee", sondern auch der "Polnisch-katholische Block" (die Christlichen Demokraten und der Piast). Wir zweifeln stark, ob diese Entwicklung der Dinge im Interesse der Regierung und des Landes wünschenswert ist. Indessen, gegen die Verwaltungsmethoden, die man schon vor der Wahl zur Anwendung bringt, legen wir entschiedenen Protest ein."

Weiter teilt der "Dziennik Bydgoski" folgendes mit:

"Der Aufruf, der unlängst in Pommern erschienen ist, und der angeblich den Zweck hatte, alle nationalen Kräfte zu vereinigen, ist auf merkwürdige und geheimnisvolle Weise zustande gekommen. (Warum hat ihn dann der "Dziennik Bydgoski" in seinen Leitern abgedruckt? D. R.) Man hat die Unterschriften der Vertreter der Christlichnationalen, des Mittelstandes und der Christlichen Demokratie ohne den Piast (welchen Flügel der Piast? D. R.) darunter gesetzt. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Unterschriften der Vertreter der Christlichen Demokratie ohne deren Kenntnis darunter gesetzt worden sind. Der Zweck des Aufrufs war, den Eindruck hervorzurufen, daß der polnisch-katholische Block zerschlagen ist (?), wovon nicht einen Moment die Rede war."

Zum Schluss kündigt der "Dziennik Bydgoski" einen Artikel zur Charakteristik des Katholisch-nationalen Wahlkomitees an, der sich das Recht anmaße, das ganze polnische

und katholische Volk zu vertreten. Das Komitee sei eine rein endekische Organisation, was schon aus den Unterschriften unter seinen Aufrufen hervorgehe.

Die Piasten jubeln dem Marschall zu.

Grudenz, 19. Januar. In einer Versammlung des pommerellischen Bezirksrats der Piastenpartei gab der Präses Wiktor Aulerki, der Herausgeber der "Gazeta Grudzisko", eine längere Erklärung ab, in der er das Verhältnis der Partei zu Marschall Piłsudski darlegte. Er sagte u. a.:

"Da die polnische Volkspartei "Piast" das größte Vertrauen zu der Person des Marschalls Piłsudski hat (Piłsudski hat nämlich den Piastenhäuptling Witos entthront!) D. R., ist es ihr heimster Wunsch (!), durch die bevorstehenden Wahlen eine feste Grundlage für eine langjährige Regierung des Marschalls Piłsudski zu schaffen. Durch den Sieg des polnischen Volkspartei "Piast" streben wir den Sieg des Marschalls Piłsudski an, um ihm den Bau starker Fundamente unter das unabhängige Polen, sowie den Kampf mit dem Übel, der sich gegenwärtig abwickelt, zu erleichtern. Unser Schritt ist uns dictiert durch den festen Glauben, daß die Kräfte des Marschalls und sein Ansehen Polen not tun. Denn unser einziges Ziel ist der Wohlstand des Staates und dieses Ziel werden wir auf Wegen zu erreichen suchen, die wir nach unserem Gewissen für geeignet halten."

Wir befürchten, daß der Augenblick eintreten kann, der es erfordert wird, daß der von den Neupiasten verhafte "Piast" sich wie eine Mauer dem Marschall zur Seite stellen sollten, um ihn vor den heute so schrecklichen Piasten zu retten. Solche neuen und neuesten Datums zu verteidigen, die ihn bei der nächsten Gelegenheit von der Macht befreien würden, sollte dies ihr eigenes Interesse erfordern. In einem solchen Augenblick wird Marschall Piłsudski sicher auf uns rechnen können."

Nachdem die Versammlung diese Erklärung zur Kenntnis genommen hatte, hielt Redakteur Wasilewski ein Referat über die Fortschritte der Vorwahlagitiation und beworben, in besonderen die Bildung eines gemeinsamen Wahlblocks zwischen der polnischen Volkspartei "Piast" und der polnischen Christlichdemokratischen Partei, der unter dem Namen "Polnischer katholischer Block" segelt.

*

Hü! Hü! Da hat man zwei recht ungleiche Pferde zusammen unter das Joch des "Polnisch-katholischen Blocks" gespannt! Die Christliche Demokratie erläutert der Regierung eine scharfe Absage, die Piasten jubeln ihr zu. Für diesen Block können also nur recht zerrissene Wähler stimmen.

Spaltung der Posener Piasten.

Posen, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern ist es in der polnischen Volkspartei "Piast" auf dem Gebiet der Woiwodschaft Posen zu einer Spaltung gekommen. Das Organ dieser Partei "Włosianin" brachte gestern einen Aufruf des vorläufigen Vorstandes der Bauernvereinigung, in dem es heißt, daß die Gründung dieser Vereinigung eine vollzogene Tatsache sei. Der "Włosianin" wurde als Organ dieser Vereinigung übernommen. "Die Volksbewegung in Großpolen", so lesen wir u. a. in dem Aufruf, ist auf falsche Bauern gelenkt worden. Es haben sich Leute gefunden, die die Bauernorganisation für ihre privaten Interessen und für die Befreiung des eigenen Ehreizes ausgenutzt und versucht haben, die Bauern in einen Kampf mit der Regierung des Marschalls Piłsudski hineinzudringen. Die Bauern müssten daher ihr Verhältnis zu diesen Männern einer Revision unterziehen, und die Bauernbewegung auf den richtigen Weg zu bringen versuchen. Dieser Weg ist die Gründung einer selbständigen Organisation für Großpolen unter dem Namen "Bauernvereinigung", die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Volksbewegung zum Wohle des Dorfes und des Staates zu bereinigen und zu entwickeln.

Die "Piasten" in der Woiwodschaft Pommern sind — wie wir bereits früher gemeldet haben — ebenfalls gespalten.

Chamberlain reist nicht nach Warschau.

Der Londoner Berichterstatter der "D. A. B." wurde von zuständiger englischer Stelle ermächtigt, einen bevorstehenden Besuch des britischen Außenministers Chamberlain bei Piłsudski in Warschau zu demontieren. Offiziell wird auf Anfrage erklärt, daß solche Meldungen jeder Begründung entbehren. Es läge keinerlei neues Moment in den englisch-polnischen Beziehungen vor.

Stegerwald tritt zurück.

Verschärfung der Zentrumskrise.

Berlin, 18. Januar. Der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Stegerwald, hat sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei niedergelegt.

Der Schritt des bekannten Zentrumsführers steht im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen den Zentrumsführern, über die wir gestern berichtet haben. Der Reichsparteivorstand des Zentrums tritt heute nachmittag zusammen, um sich mit diesen Vorgängen zu beschäftigen. Es wird versucht werden, auch den Rücktritt Stegerwalds rückgängig zu machen.

In politischen Kreisen misst man der ganzen Entwicklung im Zentrum die größte Bedeutung bei.

Länderkonferenz in Berlin.

Auf dem Wege zum Einheitsstaat?

Im Berliner Reichskanzlerpalais tagte eine große Länderkonferenz, die zum Ziel hatte, einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat zu tun. Fast hundert Personen hatten sich hier versammelt, an ihrer Spitze Reichskanzler Dr. Marx und die Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Der Konferenz wird von der Öffentlichkeit großer Respekt entgegengebracht, da man weiß, dass besonders die südlichen Staaten föderalistisch eingestellt sind, so dass irgendwelche wirklich entscheidenden Beschlüsse nicht gefasst werden dürfen. In der Tat zeigte schon die

Begrüßungsansprache des Reichskanzlers.

dass man nur vorsichtig vorgehen werde. Dieser Ansprache folgt sich die Konferenz hauptsächlich damit beschäftigen, die einzelnen Länder durch die Übernahme bestimmter Verwaltungszweige durch das Reich zu entlasten, ferner die zahlreichen Enklaven zu beseitigen und durch Verwaltungsmahrgeln Erspartisse zu erzielen. Die Referate begannen mit einem Vortrag des demokratischen Hamburger Bürgermeisters

Dr. Petersen,

der einen Sachverständigenausschuss für die Bearbeitung der bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgestaltung des Reiches forderte. Bei der Behandlung dieser bisher vorliegenden Entwürfe kam Petersen zu dem Ergebnis, dass die Vorschläge sich in folgenden grundlegenden Punkten einig sind: Durchführung des demokratischen Prinzips in der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Bildung des Reiches, Stärkung der Reichsgewalt, Vereinheitlichung der politischen Wissensbildung in einem einzigen Reichssparlament, Ausbau einer lebendigen unteren und mittleren Selbstverwaltung und Verkürzung des Justizweges zur Zentralregierung. Neuordnung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftlich lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen. Dr. Petersen wies dann darauf hin, dass die wirtschaftliche Entwicklung, die in Deutschland zum Einheitsstaat drängt, sich auch in Österreich auswirken werde und dass auch dort mit einem Einheitsstaat zu rechnen sei. Des Nächsten besetzte sich Dr. Petersen mit dem Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtag, und erklärte dazu, dass ihm der Vorschlag ganz unheimlich erscheine, weil dies seiner Ansicht nach die Herrschaft Preußens bedeuten würde. Preußen müsse aber erhalten bleiben, bis es im Reich aufgehen könne, der umgekehrte Weg würde verhängnisvoll sein.

Der bayerische Ministerpräsident Held

und der württembergische Staatspräsident Basille, die beide rechtsgerichtete Regierungen vertreten, äußerten sich zu dem Vorschlag Petersens sehr vorsichtig und zurückhaltend und forderten ganz besonders, dass der Wert auf engbegrenzte Richtlinien für einen solchen Ausschuss gelegt werde. Im Gegenzug zu den Vertretern Bayerns und Württembergs verlangt.

Der preußische Ministerpräsident Braun

eine Stärkung aller jener Tendenzen, die zum deutschen Einheitsstaat führen, während Bayern und Württemberg eine Stärkung der Länderrechte fordern. Anderseits wandte sich Braun sehr energisch gegen die in manchen süddeutschen Kreisen populäre Forderung nach einer Auflösung Preußens in Reichsprovinzen, da die Folge ein norddeutscher Reichsbund wäre, der den Gegensatz gegenüber Süddeutschland viel stärker bestehen werde. Als der Schlussansprache des Reichskanzlers Marx ging hervor, dass man sich auch in Kreisen der Reichsregierung nicht im Unklaren darüber ist, welche großen Schwierigkeiten einer Umgestaltung der deutschen staatsrechtlichen Verhältnisse auch heute noch im Wege stehen.

Die versäumte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.

Paris, 17. Januar. Wie aus Straßburg gemeldet wird, veröffentlicht die elsässische Autonomistenpartei einen Aufruf, in dem sie die Vornahme der im Jahre 1919 verlängerten Volksabstimmung verlangt und ihre Kandidaten für die Kammerwahlen benannt. Darunter befinden sich die meisten der in Mülhausen eingesetzten Autonomisten. In Straßburg wurde der sich im Deutschland aufzuhaltende Dr. Roest, der frühere Geschäftsführer der „Zukunft“ Schall und in Schlettstadt Abgeordneter aufgestellt. Von der Regierung wird verlangt, dass die inhaftierten Kandidaten noch vor den Wahlen abgetreten werden, damit sie an der Wahlkampagne teilnehmen können.

Verhebung.

Ein offiziöser deutscher Protest.

(Berliner Dienst der „AUA“)

Während sich die Politiker der im Völkerbund und durch den Locarno-Vertrag verbündeten Mächte trotz einer begreiflichen Verschiedenartigkeit ihrer politischen Einstellung im Einigem wenigstens in ihren Reden um eine Verständigung bemühen, finden sich im Lager der politischen Parteien oder der militärischen Politiker eine Reihe von Männern, die unter Missbrauch ihrer rein beruflichen Autorität die Verständigungshilfe zu stören suchen. Sie sehen sich dabei in der Regel mit einer an Nationalität grenzenden Selbstverständlichkeit über bestehende Verträge und über verantwortliche Erklärungen von Regierungen hinweg, wobei sie bei ihren Behauptungen auf eine anderweitig erworbene Autorität pochen, die ihren Ausführungen eine gewisse Bedeutung und damit einen gefährlichen Charakter gibt.

Gegen zwei derartige Kundgebungen politisierender Militärs gegenüber Deutschland wendet sich die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“ in einer sehr bemerkenswerten Kundgebung, der prinzipieller Charakter aufkommt.

Der eine dieser Militärs, gegen den sich die deutsche Darstellung wendet, ist der Führer der französischen Patrioten-Liga, General de Castelnau. Der General veröffentlicht in einem Pariser Blatt eine Darstellung über die Verhältnisse in Elsaß und stellt hierbei die Minderheiten deutscher Sprache und deutscher Kultur in der Reihenfolge: Böhmen, Polen und Elsaß-Lothringen auf eine Linie, um festzustellen, dass sie nach deutscher Auffassung natürlich und automatisch von Deutschland geschützt würden. Die Führer der sogenannten patriotischen Organisationen Deutschlands setzen darum nicht verlegen, aus dem Verfasser oder einem anderen Vertrag und aus den Orakeln des Völkerbundes die juristischen Argumente zu entnehmen, die geeignet wären, ihre Schutzansprüche zu rechtfertigen. Auf Grund dieser beständig verlochtenen, rein imaginären Rechte hofft Deutschland eines Tages Zwischenfälle zu provozieren, um im Guten oder mit Gewalt die verlorenen Provinzen Elsaß-Lothringen wieder zu erhalten.

Die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“, die von Castelnau als einem streitbaren General spricht, dessen militärische Leistungen in Frankreich sehr umstritten seien, dessen reaktionärer politischer Kampf aber seinen Namen populär gemacht habe, fragt, wo und wie der General etwas von einer deutschen Absicht zum Schutz der ethnischen Minderheit in Elsaß-Lothringen, die er selbst als deutsche bezeichnet, auf deutscher Seite wahrgenommen habe. Die Verpflichtung zum Schutz der Minderheitenrechte und der deutschen Kultur in Gebieten und bei Bevölkerungssteilen unter fremder Herrschaft, wo sich diese Bevölkerungssteile einer kulturellen Zugehörigkeit zum Deutschen bewusst seien, wird nicht nur als natürliches Recht, sondern als Pflicht Deutschlands gekennzeichnet, eine Pflicht, die durch den Begriff des Minderheitenrechtes des Völkerbundes im allgemeinen Einvernehmen ihren Ausdruck gefunden habe. Für Elsaß-Lothringen könnte das aber nur unter der Voraussetzung gelten, dass sich die Bevölkerung selbst als eine aus ihrer natürlichen Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche gelöste deutsche Minderheit empfände. Der heitere Charakter des Autonomismus, den die elsässischen Kulturellen und politischen Bestrebungen nicht nur zur deutschen Zeit, sondern auch neuerdings unter französischer Herrschaft aufweisen, deutet nicht gerade auf eine solche Auffassung hin. Ebenso falsch sei es, der Schutz einer Minderheitenkultur überhaupt politisch dahin zu interpretieren, dass er die Provokation von Zwischenfällen, oder genauer gefragt Lösungsbemühungen, einleite. Es sei dies eine ebenso unlöglich wie verfehlte Anstellung einer legitimen und natürlichen Aufgabe jedes Volkes, die auch das französische von jeher für sich in Anspruch genommen habe.

An zweiter Stelle wendet sich die Kundgebung der „Deutschen diplomatischen Korrespondenz“ gegen eine Behauptung des früheren liberalen belgischen Kriegsministers Devèze, der in einem Brüsseler Blatt im Zusammenhang mit dem Sicherheitsproblem behauptet, die Belgier fühlen, wie der unerbittliche Kummer Hass der deutschen Volksmassen auf ihnen laste. Devèze will damit die Notwendigkeit von Verteidigungsbefehlungen Belgiens beweisen. Die offizielle deutsche Stelle sagt hierzu: „Wir wissen nicht, wo dieser belgische Exminister in Deutschland Hass gegen die Belgier gefunden hat. Wir glauben, dass er durchaus das Gegelein hören würde, wenn er irgendwelche Belgier gefragt hätte, die in längerer Verbindung mit den Massen des deutschen Volkes gestanden haben. Wenn er irgendwelches Verständnis für Völkerpsychologie hätte, so würde er, dass Hass überhaupt nicht die starke Seite des deutschen Nationalcharakters ist und ganz bestimmt nicht gegenüber Kleinern. Nicht einmal im Kriege und nicht einmal aus den traurigen Vorkommnissen des Krieges heraus hat auch nur vorübergehend auf deutscher Seite ein solcher Hass bestanden. Aber für militärische Propaganda ist, so scheint es, jede Behauptung recht, auch wenn sie für jeden Einwohner noch so offenkundig auf bloßer Einbildung oder Erfindung beruht.“

Ein Duell Mussolinis?

Rom, 18. Januar. (PAT) Die in Agram erscheinende „Hrvatski Narodni Glas“ bringt die Meldung über ein angebliches Duell, das zwischen Mussolini und dem Schwiegersohn des italienischen Königs Hauptmann Calvi Bergolo stattgefunden haben soll. Der Grund des Duells soll die Tatsache gewesen sein, dass Mussolini auf den neuen 2 Lira-Münzen Aufdrucken prägen lassen wollte, auf der Rückseite aber sein Bild mit der Aufschrift „Mussolini Dux“. Der König widersteht sich diesem Projekt. Mussolini bestand auf seinem Willen. Schließlich soll der König Mussolini gebeten haben, sich über diese Meinungsverschiedenheit mit dem Thronfolger zu verständigen, der den Hauptmann Calvi Bergolo um Rat gefragt haben soll. Auch dieser soll sich der Absicht Mussolinis widerstellt und ihn beleidigt haben, was Duell führte, bei dem Mussolini verwundet worden sein soll.

„Giornale d'Italia“ gibt diese Meldung des Agramer Blattes mit folgendem Kommentar wieder: Wir wollen dieses höchst unglaubliche Märchen, das von einem jugoslawischen Blatt erdacht und verbreitet wurde, d. h. durch ein Blatt eines Landes, in dem das politische Verantwortlichkeitsgefühl im gegenwärtigen Augenblick größer als zu irgendeiner anderen Zeit sein müsste, nicht an den Pranger stellen. Wir wollen über die Sache nicht reden, man urteilt über das, was auch nur ein klein wenig Sinn, ja sogar das, was tendenziös ist, man kann aber nicht darüber ein Urteil fällen, was man infolge der höchsten Dummmheit nicht einmal als antisemitischen oder anti-italienischen Schrift bezeichnen kann. In diesem Falle handelt es sich um eine bestialische Boshaftigkeit, die alle Grenzen der Phantasie überschreitet.

Im Zusammenhang mit derselben Angelegenheit schreibt die „Tribuna“: Wir haben es hier mit einer Erscheinung zu tun, die wahrscheinlich zu 100 Prozent idiotisch ist. Wenn man vom italienischen Hof spricht, so muss man von ihm mit Achtung und Würde sprechen und nur kroatische Dummmheit kann anderer Ansicht sein, was uns durchaus nicht wundert. Was Mussolini anbelangt, so beschränken wir uns darauf, daran zu erinnern, dass seine Zeit durch ungemein ernsthafte Beschäftigungen ausgefüllt ist, als dass er sich auf kleinere Abenteuer nach balkanischem Muster einlassen könnte. Italien ist ein großes Land, und wenn entsprechende kroatische Faktoren sich mit ihm mehr oder weniger beschäftigen wollen, so werden sie gebeten, eine entsprechende Distanz zu wahren.

König Sigismundus IV. als Ankläger.

Warschau, 17. Januar. Vor dem hiesigen Friedensgericht hatte sich dieser Tag der Redakteur des monarchistischen Organs „Pro patria“, Olzewski, zu verantworten, der seinerzeit den vereidigten Geometer Zymunt Wisski verprügelt hatte, welcher seit einigen Monaten in dem Wahlkreis König von Polen zu sein. Wisski fuhr oft nach dem Schloss, schrieb etliche Male Briefe an den Prokuratur mit der Forderung, den Staatspräsidenten aus dem Schloss zu entmachten und wandte sich auch an einige Ministerien mit dem „Antrage“, ihm in seiner Eigenschaft als „König Sigismundus IV.“ zur Bevestigung des polnischen Königsthrones zu verhelfen. Das letzte Auftreten des

Königs nahm ein fatales Ende. Redakteur Olzewski, zu dem sich Wisski mit seinem „Manuskript“ begeben hatte, stürzte sich auf den 50jährigen Mann und verprügelte ihn empfindlich, so dass das ganze Gesicht blutete. Wisski stellte Strafantrag und Olzewski wurde vor Gericht zitiert. Man sah der Verhandlung mit großem Interesse entgegen, im Sitzungssaal herrschte unbeschreibliches Gebränge.

„König Sigismundus“ ist ein kleiner unterseiter Mann mit glattrasiertem Gesicht. Er nimmt mit Vorliebe die Pose eines Königs ein, blickt von oben auf seine Untertanen herab und spricht pathetisch. Zunächst gibt er eine Darstellung des Vorgangs. Mit aller Entschiedenheit behauptet er, er habe nicht gesagt, dass er „auf die monarchistische Idee pfeife“, was, wie Olzewski sagte, zu der peinlichen Szene geführt habe. Nachdem man ihn verprügelt hatte, ließ man ihn ein Schriftstück mit der Erfassung unterschreiben, das er wahnsinnig sei, und auf seinen Königstitel verzichte. Während Olzewski ihm ins Gesicht schlug, hat ihm jemand, nach seiner Ansicht ein Seher Kowalewski, mit dem Stock zwei Schläge in den Unterleib verlest. Wisski musste u. a. folgendes erklären: „Ich war und bin Republikaner und werde es bleiben. Die monarchistische Idee erkenne ich nicht an und bin der Meinung, dass wir die Konstitution vom 3. Mai ins Leben treten lassen müssen, die von der Stetigkeit der Wehrmacht profitiert.“

Wisski behauptet auch, dass ihm Redakteur Olzewski nach diesem Vorgang angelautet und津津 gefragt habe: „Zum mut, wie geht es dir, wie geht es deiner Schnauze?“ Er drohte, ihn zu ermorden, sollte Wisski nicht auf seine „politische Arbeit“ verzichten. Zum Schluss erklärte Wisski, er habe, bei dem Bekennen an seiner Idee die Gemeinschaft und ihre Meinung nicht befragt, wie dies auch Sienkiewicz, Mickiewicz, Krasiński, Slowacki und Kopernikus nicht getan hätten; er sieht, dass der Papst vor Attila. Seine Abdankung habe er nicht freiwillig unterzeichnet, sondern unter Zwang und Drohung. Der Verteidiger des Angeklagten bat, als mildnernden Umstand zu berücksichtigen, dass Wisski die monarchistische Idee tatsächlich gemacht und Olzewski im Affekt gehandelt habe. Als Antwort darauf erwiderte „König Sigismundus“ in pathetischem Tone, er verzichtete auf die Bestrafung des Angeklagten, sofern dieser nach Bekündung des Urteils die Erklärung unterschreibe, dass seine Tat eines Polen nicht würdig war. Olzewski wurde wegen Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Prozeß gegen Kurnatowski.

Warschau, 17. Januar. Gestern begann vor dem Warschauer Kreisgericht der Prozeß gegen den früheren Oberkommissar der Warschauer Untersuchungspolizei, Kurnatowski, sowie gegen den Kommissar Dobiecki. Beide sind angeklagt. Beide verhören, die aussagen, dass sie mit Kurnatowski und Dobiecki in geheimer Einverständnis gehandelt haben.

Deutsches Reich.

König Amanullah kommt nach Berlin.

Berlin, 17. Januar. König Amanullah von Afghanistan wird, wie die „Voss. Zeit.“ erfährt, auch Berlin besuchen. Am 15. Februar wird er in London eintreffen und von dort aus der deutschen Hauptstadt einen dreitägigen Besuch abhalten.

Aus anderen Ländern.

Der litauische Oberkommandierende abgesetzt.

Warschau, 17. Januar. Nach Meldungen aus Rom wurde gestern der Oberstkommandierende General Zukauskas durch Dekret des Präsidenten Smetona seines Amtes entthoben. Wie mitgeteilt wird, steht diese Maßnahme im Zusammenhang mit dem Versuch des Obersten Petrus, im Dezember 1927 den Präsidenten zur Bildung einer Koalitionsregierung zu zwingen, wobei General Zukauskas sich ebenfalls stark engagiert hatte.

Vom Generalstabschef zum Gemeinen degradiert!

Am Dienstag wurde in Prag das Berufungsverfahren in der Disziplinarangelegenheit des ehemaligen tschechischen Generalstabschefs Gajdka beendet. Seine Berufung wurde abgewiesen und das Disziplinarurteil der ersten Instanz in fast allen Punkten bestätigt. Gajdka wird zum gemeinen Soldaten degradiert, braucht aber nicht mehr einzutreten, da er für untauglich erklärt wurde. Seine Pension, die ihm schon in der ersten Instanz auf ein Viertel gekürzt war, wurde noch weiter herabgesetzt. Für erschwerend wurde seine Spionagetätigkeit und seine Beteiligung an den Putschplänen angesehen.

„Brüderliches“ Einvernehmen in Nicaragua.

Nicht zwischen Nord- und Mittelamerikanern, sondern zwischen richtigen Brüdern. Der „New York Herald“ meldet nämlich aus Managua, dass dort das Gerücht umgeht, General Diaz habe seinen Bruder, den Staatspräsidenten Diaz, erfüllt, zu rückzutreten. Dieser scheint gewillt zu sein, der Aufforderung Folge zu leisten, da er sich darüber beklage, dass ihm die Amerikaner nicht genügend Hilfe im Kampf gegen den General Sandino leisteten.

Indiens Boykott und Trauer.

Eine am Montag in Benares zusammengetretene Konferenz der politischen Parteiführer Indiens hat einstimmig den Beschluss gefasst, die Arbeit der zum Studium des indischen Verfassungsproblems eingesetzten Kommission englischer Parlamentarier zu boykottieren und am Tage der Laudatio der Kommission in Indien einen allgemeinen Trauertag zu verufen.

AKWAWIT — Vorzüglichste Spirituosen und Liköre

SPEZIALITÄTEN:

Wypalanki Winne - Zytniak Wielkopolski - Cherry Brandy
Orange - Curaçao Blanc - Tarniowa Nalewka Gwiadzkowa.

Heute Nacht entschlief während der Operation im Voromästift zu Konitz mein innig geliebter Mann, unser treusorgender Vater und Großvater, der
Schulrat a. D.

Carl Daczko

im 68. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen

In tiefer Trauer

Frau Emma Daczko geb. Sommer.

Nowa Tuchola bei Tuchola, den 17. Januar 1928.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar cr. nachm.
2½ Uhr von der evangelischen Kirche zu Tuchola aus statt.

Die glückliche Geburt eines gesunden, kräftigen Jungen zeigen in dankbarer Freude an

Arthur Prigann
und Frau Olga geb. Schmidt,
Gliszcz (Grenzdorf), den 17. Januar 1928.

Hekamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen
R. Skubinska,
Bydgoszcz,
ul. Sniadeckich Nr. 18
Telephon 1073

Foto grafien
zu staunend billigen Preisen

Passbilder sofort mit zunehmen
nur Gdańsk 19.
inh. A. Rüdiger.

Salon Sikorski

Gdańska 21 Telefon 817

Bekannt hervorragende Leistungen

Wasserwellen 964

Ondulation

Haarfärben

Moderne Kurzhaarpflege

Dauerwellen

nach dem neuesten System

Blütenweisse Karnevalperücken.

In der Nacht vom 17. zum 18. Januar starb plötzlich im Voromästift zu Konitz Herr Abgeordneter

Schulrat a. D. Carl Daczko.

Seit dem Jahre 1920 hat er sich im Warschauer Sejm für unsere deutsche Sache in geradezu vorbildlicher Weise eingesetzt. Wie er es sein ganzes Leben getan hat, ist er bis unmittelbar vor seiner Absahrt zum Krankenhaus für die Belange der deutschen Wähler tätig gewesen. Er war der treueste und sorgsamste Arbeiter in unserem Kreise. Mit rührender Pflichttreue hat er sich unter Aufzertlassung seiner eigenen Interessen unermüdlich aller Klagen angenommen, die ihm vorgetragen wurden. Sein ehrenfester Charakter ist für uns alle ein leuchtendes Vorbild. Die ganze deutsche Bevölkerung von Posen und Pommerellen trauert an seiner Bahre.

Sein Andenken ist in unserem Kreise unauslöschlich.

Deutsche Vereinigung.
(—) Naumann.

Deutscher Hauptwahlausschuss.
(—) Graebe.

Schneidermeister übernimmt die Anfertigung neuer Sachen und führt auch Fleißarbeit gut u. billig aus.

W. Heise, 626
ul. Dworcowa Nr. 22/23
Hof. 4. Tür, unt. links.

Führe sämtliche Reparaturen an Jalousien, Patentschlössern, Türschlössern, Nähmaschinen und anderen Sachen aus.
Nähere 1171
Sienkiewicza 8, II. r.

Rutschschlitten Autowagen, Feldwagen, eleg. Jagdwagen, Britische, beste Ausführung, große Auswahl offer. Sperling Nach., Natto am Bahnhof, Lotkietka 16.

Neu eröffnet!

Washontalt

II. Glanzplättgerei.

Autowagen, eleg. Jagdwagen, Britische, beste Ausführung, große Auswahl offer.

Gaub., prompt u. billig.

Reelle Bedienung. 636

Frau Kohlmeyer.

Plättgerei-Geschäft, Natto am Bahnhof, Lotkietka 16.

Sperrung Nach., Natto am Bahnhof,

Lotkietka 16.

Wählerversammlung.

Auf Grund des § 1 des Ges. vom 5. August 1922 betr. Vormahlversammlungen wird am

Mittwoch, den 25. Januar 1928
nachmittags 3 Uhr
in Rynarzewo, Kr. Szubin, im Gasthause von Schlieter
und nachmittags 1/2 Uhr
in Szubin im Gasthause Ristau

Vormahlversammlung

stattfinden, in der die bisherigen Abgeordneten der deutschen Vereinigung im Sejm und Senat Graebe und Panträz sprechen werden.

(—) Graebe.

(—) Panträz.

Geslängel- und Kaninch-Ausstellung Bydgoszcz im Gasthause von Wichter (Alt Bromberg) vom 25.-27. Februar.

Anmeldungspapiere einzufordern von Frau Sanitätsrat Dies Gdańsk 123, Anmeldungen einzufinden bis 18. Februar an Herrn Gramunder. Dworcowa 20. 1276

Zum Besten der Diakonissenstation Lobżenica soll am

12. Februar d. J. nachm. 4 Uhr ein

Wohltätigkeitsfest

in Łobżenica in bekannter Weise stattfinden.

Um Gaben für Büfett und Verlosung und recht zahlreiches Erscheinen wird sehr herzlich gebeten.

Der Vorstand.



Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. 3.
Freitag, d. 20. Jan. 28
Abends 8 Uhr:

Jubiläums-aufführung

700.

Aufführung seit Gründung der Bühne
Ich hab' mein Herz
in Heidelberg verloren!

Sonntag, d. 22. Jan. 28,
nachm. 3 Uhr:
zu ermäßigt. Preisen

Der Schneemann

Abends 8 Uhr:
Ich hab' mein

herz in Heidelberg
verloren!

Eintrittskarten wie üblich.

Die Zeitung.

Erfinder - Vorwärts

strebende, Verdienstmöglichkeit? Aufl. Bro-

schüre "Ein neuer Geist" gratis d. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzerstr. 71. 1886

Baum- und

Weinschnitt

wird sachgemäß ausge-

führt

Robert Böhme,

T. 3 o. v.

Jagiellonska 57

Telefon 42.

Heute 16336

Donnerstag nachm.

Frische Blut-

Leber- u. Grützwurst

mit guter Suppe.

E. Reed, Sniadeckich 17.

1178

Die Zeitung.

Freitag, den 3. Februar, nachm. 5 Uhr

in der evangelischen Pfarrkirche

Das

Berliner Sinfonie-Orchester

(vorm. Blüthner-Orchester)

Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.

1319

Gigantisches Drama des Weltkrieges. — Große Manifestation für Frieden und Leben. — Größtes Drama der Menschheit. — In den Hauptrollen:

Dolores del Rio (bekannt aus dem Film "Auferstehung" als Katiusca)

sowie W. Mc. Laglen. — Regie: Raoul Walsch. — Filmfabrik: "FOX"

Normale Preise. — Ermäßigungen gültig.

1318

Marysieńka Die Welt in Flammen

Anfang 6.45 und 9.00 Uhr